

Gemeinsam gewonnen

Armin Simon

Am Ende strahlt sie noch einmal besonders groß: Projiziert auf den Kühlturm des AKW Emsland feiert die lachende Sonne am Ostermontag ihren Sieg. Wenige Tage später, am 15. April 2023 um kurz vor Mitternacht, gehen die letzten drei Atomkraftwerke in Deutschland vom Netz. Eine Bürger*innen-Bewegung hat, in rund 50-jähriger Auseinandersetzung, das Ende der Atomkraftnutzung errungen. Sie hat sich durchgesetzt gegen eine der einst mächtigsten Branchen der Republik, gegen milliardenschwere Großkonzerne und gegen deren einflussreiche Fürsprecher*innen in der Politik. Ein Kampf Davids gegen Goliath, sozusagen. Und David hat gewonnen.

Danach sah es am Anfang überhaupt nicht aus. Als die Anti-Atom-Bewegung mit den Protesten gegen das zunächst in Breisach, dann in Wyhl am Kaiserstuhl geplante AKW zur Massenbewegung wird, die bundesweite Aufmerksamkeit erfährt – in Norddeutschland organisiert sich etwa zur selben Zeit in der »Bürgeraktion Küste« der Widerstand gegen das AKW Unterweser in Esenshamm –, ist das Ziel, die Atomkraft-Pläne zu beerdigen, mehr als utopisch. Das politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Umfeld ist nicht auf einen Atomausstieg, sondern auf den massiven Einstieg in die Atomkraft gepolt. Alle maßgeblichen politischen Parteien sind für Atomkraft, von einer atomkritischen Mehrheit in der Bevölkerung kann keine Rede sein. Die zunächst eher zurückhaltende Energiewirtschaft hat gerade Gefallen an den Reaktoren gefunden. Nicht Kleckern, sondern Klotzen ist angesagt: Eine Studie des Kernforschungszentrums Jülich sieht 598 Reaktoren und 15 Wiederaufarbeitungsanlagen allein in Westdeutschland vor. Für 60 AKW werden im Laufe der Jahre konkrete Genehmigungen in West- oder in Ostdeutschland beantragt. Und trotz aller Proteste gehen davon bis 1989 insgesamt 36 Atomkraftwerke tatsächlich in Betrieb.

Gute Argumente

Den Anti-Atom-Bewegten aber gelingt es im Laufe der Jahre und Jahrzehnte, den guten Argumenten gegen Atomkraft nicht nur Gehör, sondern auch Geltung zu verschaffen.

Fachlicher Input und Unterstützung kommt zunächst aus den USA, wo Wissenschaftler*innen, etwa in der frisch gegründeten »Union of Concerned Scientists«, Kritik an der Atomkraft-Nutzung formulieren, die nicht einfach übergangen werden kann: dass die als »Restrisiko« abgetane Gefahr katastrophaler Unfälle viel größer als angenommen und selbst ein Super-GAU nicht ausgeschlossen ist, dass großräumig schwerwiegende Umwelt- und Gesundheitsschäden drohen, dass das Atommüll-Problem ungelöst ist, dass Materialien und Technologien in Umlauf kommen, die den Bau von Atomwaffen ermöglichen, dass der Uranabbau radioaktiv verseuchte »Opferlandschaften« hinterlässt, dass Atomkraft, rechnet man ehrlich, unglaublich teuer ist, und so weiter. Viele Atomkraft-Gegner*innen steigen darauf aufbauend selbst tief in die Materie ein und stellen in der Folge, oft mit guten Argumenten, die Aussagen der »Fachleute« aus Atomindustrie, Atomforschung und Genehmigungsbehörden öffentlich in Frage. Anfang der 1970er Jahre gilt das als unerhört und anmaßend.

Der Versuch der Bundesregierung, der Kritik mit Hilfe von Diskussionen und Publikationen im Rahmen des sogenannten »Bürgerdialogs Kernenergie« den Wind aus den Segeln zu nehmen, geht nach hinten los: Die atomkritische Bevölkerung wird fachkundiger – und je fachkundiger sie ist, desto kritischer wird sie. Schon in der »Volkshochschule Wyhler Wald« im selbstgezimberten »Freundschaftshaus« auf dem besetzten Bauplatz geht es um Aufklärung, Weiterbildung und Diskussion über die Gefahren der Atomkraft. Und deutlich bevor die Anti-Atom-Bewegung parteipolitisch Fuß fasst, gründen kritische Wissenschaftler*innen schon das Öko-Institut: auch das ein Schritt, um den Atomkraft-Befürworter*innen auf fachlicher Ebene Paroli zu bieten.

Der Bewegungsforscher Prof. Dr. Dieter Rucht weist allerdings darauf hin (1), dass allein die Kritik an der Atomkraft, selbst wenn sie fachlich begründet war, wenig auszurichten vermochte. Die nötige Aufmerksamkeit für das Thema und für die Argumente gegen Atomkraft bringt erst der massive Protest.

Zehntausende kommen an den zentralen Kristallisationspunkten der Bewegung zusammen, an Bauplätzen von AKW, Atommülllagern, Wiederaufarbeitungsanlagen. Die zum Teil massiven Auseinandersetzungen bringen den Streit um die Atomkraft in die Schlagzeilen. Zugleich sind die Erlebnisse für viele der Protestierenden prägend. Wer einmal in Brokdorf vom Hubschrauber über die Marschwiesen gejagt wurde, am Festungszaun in Wackersdorf mit Tränengas beschossen wurde oder den polizeilichen Belagerungszustand im Wendland während eines Castor-Transports erlebt hat, für den ist der von Robert Jungk beschworene »Atomstaat« kein Fremdwort mehr – und er hat eine Vorstellung davon bekommen, welche mächtigen Interessen in der Atomfrage im Spiel sind. Welches private Unternehmen bekommt sonst eine solche Armada zur Seite gestellt, um ein Kraftwerk zu bauen oder seinen gefährlichen Müll quer durchs Land zu transportieren, um ihn in einer Halle in einem entlegenen Wald abzustellen?

Dezentrale Organisation

Allerdings beschränkt sich der Protest gegen Atomkraft längst nicht auf diese medial gut begleiteten zentralen Ereignisse. Vielmehr sorgen die Atomkraftgegner*innen mit einer schier unermesslichen Anzahl kleinerer und größerer Aktionen und Interventionen überall in der Republik dafür, dass die Gefahren der Atomkraft und der Streit um ihre Nutzung überall und immer wieder zum Thema wird – und das jahrzehntelang. Einen bildhaften Eindruck von der Breite des Protests, der Vielfalt und Phantasie der Aktionen und vom langen Atem des Widerstands gibt die Chronik im vergangenen Jahr erschienenen Buch »Atomkraft nein danke! 50 Jahre Anti-AKW-Bewegung« (2).

Bemerkenswert ist, dass es nie einen großen Masterplan gibt, wie der mächtigen Allianz aus Politik und Atomindustrie beizukommen sei, noch den einen zentralen Akteur, der diesen jahrzehntelangen Protest anführt. Die Anti-AKW-Bewegung schöpft ihre Kraft und Vielfalt vielmehr maßgeblich aus dem Engagement hunderttausender Bürgerinnen und Bürger, die beständig den Finger in die Wunden der Atompolitik legen und öffentlich Druck machen für einen Ausstieg aus der Atomkraft.

Kommt es in den 1950er und 1960er Jahren zunächst zu einzelnen, vornehmlich lokalen Protesten gegen erste Atomprojekte, bilden sich ab den 1970ern überall in der Bundesrepublik Anti-Atom-Initiativen und Gruppen. Diese agieren eigenständig, aber vernetzt: es gibt Rundbriefe, Infodienste und Zeitschriften, bundesweite und regionale Treffen, Ratschläge und Konferenzen. Für die Umweltverbände, die etwa zur selben Zeit entstehen, ist der Kampf gegen Atomkraft ein zentrales Thema. Als ein viele Strömungen einigendes Kernziel spielt er auch für die Parteigründung der Grünen eine wichtige Rolle.

Besonders erfolgreich ist der Protest an den Standorten, an denen er auch in der lokalen, in der Regel ländlichen Bevölkerung gut verwurzelt ist und wo es gelingt, die unterschiedlichen Milieus und Protest-Ansätze zusammenzubringen und zusammenzuhalten. In Wyhl am Kaiserstuhl besetzen Winzerinnen und Winzer gemeinsam mit Studierenden und Atomkraftgegner*innen aus der ganzen Region den Bauplatz des dort geplanten AKW. In Gorleben protestieren die von überall her anreisenden Atomkraftgegner*innen Seite an Seite mit den Wendländer*innen gegen das geplante Atommüll-Lager im dortigen Salzstock. Und im bayerischen Wackersdorf kämpft der SPD-Landrat höchstpersönlich mit großen Teilen der Bevölkerung an der Seite der Anti-Atom-Bewegten gegen die geplante Plutoniumfabrik. Alle drei Projekte werden am Ende gestoppt und verhindert.

Langer Atem

Der Streit um die Atomkraft ist zugleich einer um Grundrechte und Demokratie, um Mitbestimmung und Gehört-Werden, um die Macht der Energiekonzerne, um Krieg und Frieden, um die Grenzen des Wachstums und um ein anderes Leben. Entsprechend breit ist die Bewegung aufgestellt, entsprechend vielfältig sind die Möglichkeiten, daran anzudocken.

Herausragend, bemerkenswert und mitentscheidend für den historischen Erfolg der Anti-Atom-Bewegung ist jedoch ihre Hartnäckigkeit. Zwar verläuft auch der Protest gegen Atomkraft in Wellen, mit stärkeren und schwächeren Phasen. Zum Erliegen aber kommt er über drei Generationen hinweg nie. Als in den 1990ern alle AKW am Netz sind, macht die Bewegung vielmehr die Atommüll-Transporte zum Brennpunkt und lenkt über die ungelöste Entsorgungsfrage die Aufmerksamkeit auf den weiter schwelenden Atomkonflikt. Mit dem Nebeneffekt, dass sich bei den alljährlichen Castor-Protesten eine weitere Generation am Thema Atomkraft politisiert.

Und auch wenn das Hauptziel, »Kein AKW in ... – und auch nicht anderswo« lange in schier unerreichbarer Ferne scheint, bleibt der Protest nicht wirkungslos. Im Gegenteil: Der ständige Druck der Atomkraftgegner*innen trägt seinen Teil dazu bei, dass die Sicherheitsanforderungen an AKW immer weiter verschärft werden. Das wiederum macht Atomkraft teurer und unwirtschaftlicher.

Zugleich dreht die Anti-AKW-Bewegung die öffentliche Meinung. Bereits vor der Explosion des AKW Tschernobyl 1986 gibt es in Deutschland eine stabile atomskeptische Mehrheit – zunächst in der Bevölkerung, schließlich auch in der Politik. Am Ende sind es Beschlüsse des Deutschen Bundestags, die den Ausstieg aus der Atomkraft besiegeln.

Verkannte Revolution

Ihren am meisten verkannten Erfolg erzielt die Anti-AKW-Bewegung eher nebenbei. Sie ist es nämlich, die die »soft energies«, die erneuerbaren Energien, als Alternative zur Atomkraft ins Blickfeld rückt und über Jahre Druck macht, diese zu entwickeln und zu nutzen.

Die erste Solarenergie-Ausstellung in Deutschland findet Mitte der 1970er Jahre in einem Dorf im Kaiserstuhl statt, unweit von Wyhl, organisiert von Gegner*innen des dort geplanten AKW. Nicht von ungefähr entsteht der als Lehnwort in viele Sprachen eingegangene Begriff »Energiewende« im Umfeld der Anti-AKW-Bewegung. Und nicht zufällig passiert noch während der Verhandlungen mit den AKW-Betreibern über den so genannten »Atomkonsens« im Jahr 2000 das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) den Bundestag, das der Massenproduktion von Solarzellen und Windkraftanlagen den Weg ebnet. Es leitet einen weltweiten Boom der erneuerbaren

Energien ein: Im Jahr 2022 werden weltweit 500 Milliarden Dollar in die Erneuerbaren investiert, weit mehr als in jede andere Energieerzeugungstechnik und ein Zifaches der Investitionen in Atomkraft (3) – eine globale Energierevolution.

In Deutschland bringt nichts den Klimaschutz entscheidender voran als der Atomausstieg. Denn der dadurch ausgelöste Zubau an erneuerbaren Energien ersetzt nicht nur den Atomstrom, sondern darüber hinaus fast ebenso viel Kohlestrom. 2022 wird deshalb (trotz Ukraine-Krieg!) 38 Prozent weniger Kohle verfeuert als im Jahr 2000, in dem der politische Beschluss zum Atomausstieg fällt. Und es könnte noch weit weniger sein, wäre der Ausbau der Erneuerbaren in den vergangenen zehn Jahren nicht nach Kräften behindert worden ...

Gescheiterte Laufzeitverlängerung

Auf dem Papier hat der »Atomkonsens« von 2000 das Ende der Atomkraft in Deutschland programmiert. Real hat er den AKW-Betreibern erhebliche Restlaufzeiten für ihre Reaktoren zugebilligt. Viele Anti-Atom-Engagierte schlucken diese Kröte, die Anti-Atom-Proteste flauen ab.

2008 wird der »lange Atem«, den der Bewegungsforscher Rucht der Bewegung zuspricht, auf seine entscheidende Probe gestellt. Mit Blick auf die im Folgejahr anstehende Bundestagswahl wittern die AKW-Betreiber ihre Chance, den Ausstieg wieder zu kippen. »Versorgungssicherheit« und »Klimaschutz« führen sie als Argumente an, CDU, CSU und FDP sind ihre politischen Verbündeten. Der Ausstieg, so die Sprachregelung, solle nicht aufgehoben, aber mehr als zehn Jahre nach hinten verschoben werden – so lange, bis die Erneuerbaren Energien weiter ausgebaut sind. Der »Spiegel« lässt die lachende Anti-Atom-Sonne auf dem Titelbild untergehen.

In dieser Situation gründete eine Handvoll Aktiver aus dem Umfeld der Castor-Proteste »x-tausendmal quer« die Organisation .ausgestrahlt. Ihr Ziel: die Anti-Atom-Bewegung wieder sichtbar zu machen und den Hunderttausenden Atomkraftgegner*innen, die es weiterhin gibt, wieder eine öffentlich wahrgenommene und unüberhörbare Stimme zu verleihen.

Was folgt, sind eine ganze Serie von immer größeren und wirkmächtigeren Anti-Atom-Protesten: von der Anti-Atom-Demo in Berlin im September 2009 über die Dauer-Belagerung der schwarz-gelben Koalitionsverhandlungen bis zur 120 Kilometer langen Menschenkette vom AKW Brunsbüttel bis zum AKW Krümmel im April 2010. Überall kleben und wehen wieder »Atomkraft? Nein danke«-Sonnen. Die Anti-AKW-Bewegung ist unübersehbar zurück. Die Laufzeitverlängerung kann das nicht verhindern, Ende 2010 passiert sie den Bundestag. Der Atom-Konflikt aber ist so virulent wie eh und je.

Nach der Atomkatastrophe in Fukushima am 11. März 2011 kennt der Protest kein Halten mehr. 60.000 formen eine Menschenkette vom AKW Neckarwestheim nach Stuttgart, in mehr als 700 Orten gibt es Mahnwachen. Wie in den 1970ern und 1980ern sind es hauptsächlich lokale Initiativen und engagierte Atomkraftgegner*innen, die diese Proteste bei sich vor Ort eigenständig organisieren. .ausgestrahlt hat lediglich die Idee lanciert und einen gemeinsamen Termin vorgeschlagen.

Die Mega-Demos der folgenden Wochen zwingen die Regierung zu einer 180-Grad-Wende: Die soeben beschlossene Laufzeitverlängerung wird zurückgenommen, acht AKW müssen sofort und für immer vom Netz, für die restlichen neun schreibt eine breite Fünf-Parteien-Mehrheit im Bundestag – CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne – feste Abschaltzeiten ins Gesetz. Die letzten drei Reaktoren müssen demnach spätestens am 31. Dezember 2022 vom Netz gehen.

Dass dieses Datum als Reaktion auf die Energiekrise Ende 2022 nochmal um 3,5 Monate hinausgeschoben wird, hat politische, keine sachlichen Gründe. Der Chef der Bundesnetzagentur räumt im Nachhinein ein, dass die Versorgungssicherheit auch ohne AKW jederzeit gewährleistet war und ist und dass dies auch schon Ende 2022 klar war.

Noch viel zu tun

Die Versuche, den Atomausstieg auf den allerletzten Metern noch zu kippen, scheitern. Seit dem 15. April 2023 wird kein Atomstrom mehr in Deutschland erzeugt. Der historische Erfolg ist ein Beispiel dafür, dass selbst mächtigste Gegner*innen besiegt und große Veränderungen durchgesetzt werden können, wenn sich viele gemeinsam mit langem Atem dafür einsetzen.

Dennoch bleibt auch nach dem Aus der letzten Meiler für die Anti-Atom-Bewegung viel zu tun:

- Zahlreiche Firmen in Deutschland machen weiter Atom-Geschäfte im In- und Ausland, von den Uranfabriken in Lingen und Gronau bis zu Zulieferern und Dienstleistern für AKW-Projekte weltweit. Selbst Forschung für neue Reaktoren findet in Deutschland noch statt – finanziert mit Steuergeldern.
- In etlichen Nachbarländern Deutschlands sind noch AKW in Betrieb, zum Teil auch direkt an der Grenze und viele mit gravierenden Sicherheitsmängeln. Laufzeitverlängerungen und sogar AKW-Neubauten sind geplant.
- Auf EU-Ebene versucht die Atomlobby an allen möglichen Ecken und Enden, Atomkraft grünzuwaschen, günstige Bedingungen für AKW zu schaffen und Klimaschutzmilliarden in Atom-Projekte umzuleiten.
- Berge an hoch-, mittel- und schwachaktiven Abfällen müssen möglichst sicher gelagert werden. Ohne kritische Öffentlichkeit ist die Gefahr groß, dass sie am Ende wieder ins nächstbeste Loch gekippt werden.
- Die vergangenen Monate haben gezeigt, wie schnell das Atom-Risiko, nach dem Super-GAU von Fukushima 2011 allen überdeutlich vor Augen, wieder in Vergessenheit geraten ist. Die Anti-Atom-Bewegung muss ihr Wissen um die Atomgefahren weitergeben – an alle, welche die jahrzehntelange Auseinandersetzung um Atomkraft nicht selbst miterlebt haben.

Anmerkungen

(1) Rucht, Dieter: »Man musste sie ernstnehmen«. Interview in: .ausgestrahlt-Magazin Nr. 58, S. 8 f., https://www.ausgestrahlt.de/media/filer_public/32/1c/321c444c-a9b7-4b5b-8cc3-9688f9b52d05/mag58_web.pdf

(2) BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, .ausgestrahlt e.V., Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie (Hrsg.): Atomkraft nein danke! 50 Jahre Anti-AKW-Bewegung. Eine Geschichte erfolgreichen Widerstands. Ökobuch, 2022, S. 34–193.

(3) BloombergNEF, Global Low-Carbon Energy Technology Investment Surges Past \$1 Trillion for the First Time. 2023, <https://about.bnef.com/blog/global-low-carbon-energy-technology-investment-surges-past-1-trillion-for-the-first-time/>

Autor

Armin Simon ist Redakteur und Campaigner bei der bundesweiten Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt e.V. und saß seit »x-tausendmal quer« etliche Male gegen Atomkraft auf der Straße.

Kontakt:

E-Mail: armin.simon@ausgestrahlt.de

Internet: <https://www.ausgestrahlt.de/>

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Björn Götz-Lappe, Ulrich Rüttgers

Am Kurpark 6

53177 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de